

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 55 (1976)
Heft: 4

Artikel: Nun wachsen sie wieder...
Autor: Kappeler, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339155>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nun wachsen sie wieder . . .

Was sagen sie zu folgendem, ausführlichem Ankurbelungsvorschlag für die darniederliegende Wirtschaft:

«Wenn das Schatzamt alte Flaschen mit Banknoten füllen und sie in geeignete Tiefen in verlassenen Kohlenbergwerken vergraben wollte, sie dann bis zur Oberfläche mit städtischem Kehricht füllte und es dem privaten Unternehmungsgeist nach den erprobten Grundsätzen des Laissez-Faire überliesse, die Noten wieder auszugraben, so brauchte es keine Arbeitslosigkeit mehr zu geben, und vermittels der Rückwirkungen würde das Realeinkommen des Gemeinwesens wie auch sein Kapitalreichtum wahrscheinlich viel grösser als jetzt werden.» Diesen Vorschlag brachte der «Erfinder» der Ankurbelungstheorien in der Wirtschaftslehre, Prof. Keynes, in den dreissiger Jahren vor ein erstauntes Publikum.

Allerdings war Keynes kein Sadist, sondern bloss ein Zyniker, denn er fügte den Grund für seinen skurrilen Vorschlag gleich an. «Es wäre zwar vernünftiger, Häuser und dergleichen zu bauen, aber wenn dem politische und praktische Schwierigkeiten im Wege stehen, wäre das obige besser als gar nichts.»

Das Erstaunen des Publikums bei den Ankurbelungsmassnahmen hat sich heute gelegt. Zum einen, weil Defizite der öffentlichen Hand nunmehr allgemein als notwendiger Ersatz der darniederliegenden privaten Nachfrage anerkannt sind, und zum andern, weil man sich abgewöhnt hat, nach dem letzten Sinn einer jeden Ankurbelungsmassnahme zu fragen.

Zwar hat sich vereinzelt Unbehagen vor den Strassenbauten und Rüstungsausgaben des schweizerischen Ankurbelungsprogramms III hier und dort Luft gemacht, aber Realisten erkannten, wie Keynes, dass politische Schwierigkeiten heute wie vor vierzig Jahren entgegenstehen. Denn würde der Staat zwecks Ankurbelung etwas wirklich Knappes und Nützlichendes bestellen, etwa Schuhe, billige Wohnungen oder Autos, und diese Güter dann zum Privatverbrauch verteilen, dann würde nur eine Nachfrage umgelenkt, die sowieso sich irgendwie einstellen würde. Das Resultat wäre keine Ankurbelung, sondern eine Verschiebung der staatlichen Rolle zu grösserem Gewicht in der Wirtschaft. Aus diesem politischen Zusammenhang heraus muss sich der Staat daher als Nachfrager von Gütern betätigen, die ausserhalb des Marktes liegen, die also sonst nicht hergestellt würden. Strassen, Schulen, Stadtpaläste und eben auch Militärgüter schaffen Arbeit, kurbeln an und respektieren gleichzeitig die politisch gesetzte Bedingung, dass die Rolle des Staates nicht grösser wird.

Investitionen mit Folgen / Die zwei Kinder der Investition

Diese wirtschaftlichen Mechanismen können noch verdeutlicht werden. In den bisherigen schönen Wachstumszeiten wurde jedes Jahr ein grosser Teil des Bruttosozialproduktes, das heisst der neugeschaffenen Güter und Leistungen, nicht direkt in den Haushalten verbraucht, sondern von den Unternehmen investiert. Investieren heisst, Anlagen erweitern, heisst Güter und Leistungen in Produktionsstätten stecken, die ihrerseits wieder zur Produktion bestimmt sind. Diese Güter und Leistungen können nicht dem Haushaltsverbrauch zufließen, sondern müssen im gleichen Jahr gespart werden. Würden diese Gelder zwar gespart, aber nicht für Investitionen ausgegeben, entstünde eine Lücke im Kreislauf und die Beschäftigung sänke. Aber in den Wachstumsjahren gab es da kein Problem. Die Investitionen erreichten fast 30 Prozent des Bruttosozialprodukts in der Schweiz. Dies hatte zwei Folgen. Erstens war die Vollbeschäftigung damit gesichert, und zweitens war der Produktionsapparat im Jahr darauf grösser, rationeller und produzierte mehr. Aus diesem gewachsenen Kuchen wurde wieder ein grösserer Betrag gespart, und damit wieder investiert. Die Wirtschaft wuchs, denn nun vergrösserte sich das nächste Bruttosozialprodukt wiederum. Jede Investition sichert also die Beschäftigung und vermehrt die Produktionskapazitäten des Landes. Damit also die Beschäftigung gesichert bleibt, darf das ersparte Geld nicht brachliegen, sondern muss investiert werden. Dann aber wird die Wirtschaft zwangsläufig weiterwachsen, und es muss wieder mehr investiert werden, um die Beschäftigung zu halten. Vollbeschäftigung kann unter diesen Mechanismen nur mit Wachstum erreicht werden. In dieser Logik stellt die Krise einen Leitungsbruch dar. Gespart wird nämlich noch immer wie während des Wachstums, oder sogar noch mehr, aber investieren will niemand mehr. Im Inland blieben die Industrieinvestitionen beinahe aus, Wohnungen baut man auch nicht mehr viele, und die Kunden der schweizerischen Investitionsgüterindustrie im Ausland kappten ihre Investitionspläne ebenfalls. Grosse Teile unserer Exportindustrie sind aber Hersteller von Investitionsgütern.

Superwachstum für Vollbeschäftigung

Den direkten Zusammenhang zwischen Vollbeschäftigung und Wachstum hat der Präsident des französischen Unternehmerverbandes, François Ceyrac, ganz klar an der Januartagung offengelegt. «Warum verschweigen, dass 1976 ein Jahr der Wahrheit sein wird?», fragte er und rechnete vor: Bleibt das Wachstum unter 3 Prozent pro Jahr, wird es in Frankreich jährlich 300 000 neue Arbeitslose geben. Zwischen drei und fünf Prozent Wachstum pro Jahr gibt es immer noch 150 000 neue Arbeitslose jährlich, und erst mit einem Wachstum von 5½ bis 6 Prozent kann Ceyrac mehr oder weniger für die Arbeitsplätze garantieren. Die politisch Verantwortlichen aller westlichen Staaten teilen diese Ansichten.

«Das Ziel muss heissen: stetiges und dauerhaftes Wachstum», wurde von den Staatschefs in die Schlusserklärung der Wirtschaftskonferenz von Rambouillet im letzten Dezember geschrieben. Die Rolle der beteiligten Staaten ist es in dieser Optik, durch öffentliche Aufträge das Investitionsloch zu füllen, damit die Beschäftigung wieder klappt. Erst wenn die Beschäftigung unter ihrem doppelten Aspekt, nämlich die Beschäftigung der Arbeitskräfte und der Produktionsanlagen, wieder steigt, trägt sich die Wachstumsspirale wieder selbst. Denn darnach finden die Güter wieder Absatz, und wenn die Güter Absatz finden und die Produktionsanlagen ausgenützt sind, fallen neue Investitionsentscheide. Erst dann kann sich der Staat zurückziehen und aus dem wachsenden Steuereinkommen einer wieder expandierenden Wirtschaft seine Schulden zurückzahlen.

Dies alles ist nicht neu, aber man vergisst den Sprengsatz, der im Gebäude dieser Wachstumswirtschaft steckt. 5½ bis 6 Prozent Wachstum pro Jahr bringen eine Verdoppelung des realen Einkommens, des Verbrauchs von Material und Energie in jeweils gut zwölf Jahren. Die Schweiz wird vom ausländischen Wachstum – in Frankreich wurde die Wachstumsrate im Wirtschaftsplan nach dem Referat Ceyracs erhöht – Impulse für ihre Exporte und Finanzeinnahmen erhalten und damit – mehr oder weniger schnell – mitwachsen. Wir werden möglicherweise im Jahre 2000 viermal mehr als heute verbrauchen und produzieren. Um die gegenwärtige Beschäftigungskrise zu meistern, ziehen die westlichen Länder unbedenklich diesen Wechsel auf die Zukunft. Dieser Wechsel ist kein harmloser Schuldschein, sondern ein Sprengsatz, der unsere Landschaft, die Luft, das Wasser und alles, was an uns noch menschlich ist, vernichten würde.

Zynismus als Wachstumstheorie

Da die Vollbeschäftigung, der soziale Friede, im Augenblick und nach herkömmlichen Rahmenbedingungen stetiges Wachstum voraussetzen, hat eine Umkehrung der wirtschaftlichen Sinnggebung stattgefunden. Arbeit ist jetzt der Endzweck, und die wirtschaftlichen Güter, ihre wachsende Menge, ihr Verbrauch sind nur noch ein Mittel, die Arbeitsfähigkeit der Menschen und ihrer Maschinen voll auszulasten. Wir leben, um zu arbeiten, wir arbeiten nicht, um zu leben: das ist offizielle Theorie und Praxis. Keynes hat dies eiskalt im Aufsatz über die «wirtschaftlichen Aussichten für unsere Grosskinder» schon 1930 wiederum beschrieben: «Dann können wir einst die Ziele vor die Mittel setzen und das Gute dem Nützlichen vorziehen. Aber Achtung! Noch ist die Zeit dafür nicht gekommen. Für mindestens hundert weitere Jahre müssen wir uns und jedermann vorgeben, dass Gut schlecht und Schlecht gut ist. Denn Schlecht ist nützlich und Gut ist es nicht. Geiz, Wucher und Vorsicht müssen unsere Götter für noch ein bisschen länger bleiben. Denn nur sie

können uns aus dem Tunnel wirtschaftlicher Notwendigkeit zum Licht des Tages führen.»

Nach Keynes muss also die Verkehrung von Zielen und Mitteln bewusst erfolgen, damit nach einigen Jahrzehnten emsigen Wachstums dann einmal vor einer Überfülle der Güter über den Sinn unseres Lebens und Arbeitens diskutiert werden kann. Der Fehler in dieser schönen Hoffnung liegt darin, dass uns kein Gott und Tribun den Fingerzeig gibt, wann die alten Wachstumsgötter zu entfernen sind. Heute verdienen wir etwa fünfmal mehr, als zur Zeit, da Keynes schrieb – aber würde eine Volksabstimmung über einen Wachstumsstopp Chancen haben? Bereits wird weiteres Wachstum als absolut notwendig zur Finanzierung des materiellen Umweltschutzes erklärt – Wachstum schon wieder und immer noch als Mittel zu etwas anderem, nicht als Ziel . . .

Radwechsel im Getriebe . . .

Diesen Aussichten kann man nur entkommen, wenn die Voraussetzungen und Mechanismen geändert werden. Ein ganzes Spektrum von Möglichkeiten bietet sich an. Man könnte Arbeitslosigkeit dulden und als akzeptabel erklären. Die Betroffenen würden durch die Aktiven unterstützt und über Wasser gehalten. Man kann zweitens die Vollbeschäftigung neu definieren, denn voll beschäftigt kann man auch in einer 36-Stunden-Woche sein. Das Niveau der Vollbeschäftigung erlaubt also Variationen und ist nicht sakrosankt. Mit einer jährlichen Verkürzung um eine halbe Stunde würde 1992 die 36-Stunden-Woche erreicht. Arbeitslose träten wieder in die Wirtschaft ein, die aber nicht mehr derart vorwärts wachsen könnte.

Drittens könnte man die Verbrauchsausgaben schnell anheben, um das Sparen zu sabotieren. Ein Importtausch würde erfolgen und die inländische Industrie weniger Investitionsmittel zur Verfügung haben. Das Wachstum wäre auch gestoppt. Viertens böte sich eine umweltorientierte Neugestaltung der Wirtschaft an, mit Rationierung, Produktions- und Energielenkung. Unter den vier Vorschlägen hat politisch nur die Arbeitszeitverkürzung eine Chance auf längere Sicht. Wirtschaftlich sind die andern drei Lösungen auch zweifelhaft, weil die Schweiz stark vom Ausland abhängt. Das ausländische Wachstum wird auf unsere Exportindustrie durchschlagen, den Finanz- und Dienstleistungssektor animieren und uns reich und glücklich machen.